

# Obwaldner Gastgewerbe verliert 20 Millionen Franken

Dem Obwaldner Gastgewerbe entgehen wegen der Coronavirus-Krise 20 Millionen Franken, wie eine Umfrage von Gastro Obwalden ergibt. Der Verband fordert von den Behörden A-fonds-perdu-Entschädigungen und pragmatische Lösungen und baldige Unterstützung.



Sarnen (OW).

Gastro Obwalden führte vor Weihnachten eine Mitgliederumfrage durch. Von den 108 Mitgliedern haben 59 Restaurants und Hotels an der Umfrage teilgenommen. «Die Resultate sind erschreckend», findet der Obwaldner Gastropräsident Bruno Della Torre. Der durchschnittliche Schaden je Betrieb im Sarneraatal und Engelberg beläuft sich auf 192'800 Franken.

Hochgerechnet auf über 108 Betriebe beträgt der Corona-Schaden in der Obwaldner Gastronomie fast 21 Millionen Franken. «Ohne schnelle Hilfe werden das zahlreiche Betriebe nicht überleben», weiss Bruno Della Torre aus Gesprächen mit Berufskollegen zu berichten.

### **Betriebe fallen durch die Härtefall-Maschen**

Der durchschnittliche Umsatzrückgang im Jahr 2020 gegenüber den Vorjahren beläuft sich auf 34 Prozent. Diese Zahl ist insofern relevant, weil sie aufzeigt, dass der Grossteil der Betriebe beim Härtefallprogramm von Bund und Kanton durch die Maschen fallen würde.

Nur ein Drittel der Betriebe hat Umsatzrückgänge von über 40 Prozent und wäre nach dieser Definition ein Härtefall. «Unsere Umfrage hat ergeben, dass sehr viele Betriebe Ausfälle zwischen 20 bis 40 Prozent ausweisen», erläutert der Obwaldner Gastropräsident. «Aber auch diese Betriebe haben Schäden im sechsstelligen Bereich, und es kann nicht sein, dass Wirte-Familien unverschuldet diese Schäden selber tragen müssen».

### **Entlassungen: «Da wird Know-how vernichtet»**

Weiter hat die Umfrage gezeigt, dass im Corona-Jahr im Schnitt schon drei Stellen pro Betrieb abgebaut wurden. Das sind für Obwalden über 300 neue Arbeitslose im 2020.

Weitere sechs Stellen pro Betrieb oder hochgerechnet 600 Stellen sind gefährdet, wenn sich die Krise bis im Sommer 2021 hinzieht. «Das sind massive Verluste für unsere Branche», erklärt Bruno Della Torre. «Da wird Know-how vernichtet, welches über viele Jahre aufgebaut wurde, und es stehen 600 menschliche Schicksale hinter diesen Zahlen.»

### **Schwer getroffen vom Lockdown und Sitzplatzbeschränkungen**

Weiter hat die Umfrage untersucht, welche staatlichen Einschränkungen der Branche am meisten zugesetzt haben. Die Befragten nannten dabei den Lockdown im Frühling als den härtesten Einschnitt. Als zweitschlimmste Einschränkung wurden die Sitzplatzbeschränkungen von zehn und später sogar nur noch vier Personen pro Tisch genannt.

Das Verbot von Veranstaltungen (über 50/30 Personen), die Tischabstände (2m/1.5m) und die allgemeine Negativ-Kommunikation trafen die Betriebe ähnlich stark. Die Sperrstunde (24h00/23h00) und das Verbot von Veranstaltungen (über 300 Personen) hat einzelne entsprechende Betriebe hart getroffen, im Durchschnitt aber wurden diese Einschränkungen am wenigsten gravierend eingestuft.

### **2 Millionen Franken für Schutzkonzept**

Zudem erbrachte die Mitgliederumfrage, dass für die Schutzkonzepte in der Gastronomie in Obwalden im Schnitt Unkosten von etwas mehr als 20'000 Franken pro Betrieb entstanden sind.

Bei über hundert Restaurants und Hotels gibt dies für die Corona-Schutzmassnahmen im 2020 bereits eine Summe von über 2 Millionen Franken. «Für eine Branche mit sehr geringen Gewinnmargen, sind bereits diese Extrakosten eine grosse Herausforderung und lasten auf den Schultern vieler Betriebe», erläutert der Gastropräsident.

### **Bisherige Hilfsmassnahmen unzureichend**

Auch zu den beanspruchten Hilfsmassnahmen wurden die Mitglieder befragt. 88 Prozent der Obwaldner Betriebe haben im 2020 Kurzarbeitsentschädigungen in Anspruch genommen. Knapp 60 Prozent der Hotels und Restaurants nahmen im Frühling 2020 einen Nullprozent-Corona-Kredit auf. Gut die Hälfte der Betriebe erhielt gewisse Corona-Schäden von Versicherungen bezahlt.

Nur rund ein Viertel der Betriebe haben bisher Mietzinsreduktionen erhalten und/oder beim Obwaldner Hilfsfonds für Härtefälle einen Beitrag beantragt. Weniger als 10 Prozent mussten Zahlungen bei Lieferanten, Versicherungen oder Steuern aufschieben lassen. (htr)

---

### **Forderungen von Gastro Obwalden an den Regierungsrat vom Kanton Obwalden**

- Wie es der Regierungsrat in der Medienmitteilung vom 21.12.2020 selber schreibt, erwarten auch wir vollständige Entschädigung für die Umsatzausfälle im Jahr 2020, sei dies vom Bund oder vom Kanton Obwalden. (MM Nr. 70 RR OW: ...Erwartungen an den Bundesrat. Der Bund hat die schweizweite Schliessung der Restaurants sowie von Kultur-, Freizeit- und Sportbetrieben verordnet. Deshalb erwartet der Regierungsrat, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt und für die volle Entschädigung des Umsatzausfalls aufkommt.)
- Die Entschädigungen sind mit A-fonds-perdu-Beiträgen zu zahlen; mit einer schnellen pragmatischen Lösung, weil sonst sehr vielen Betrieben bereits anfangs 2021 der Konkurs droht.
- Gestützt auf die Branchenzahlen von GastroSuisse betragen die ungedeckten Fixkosten (Schäden) der Betriebe rund 30 Prozent vom Umsatzausfall. Daher fordert der Verband Gastro Obwalden als schnelle Entschädigung 30 Prozent vom Umsatzausfall im Jahr 2020 verglichen mit den Jahren 2018 und 2019. Als pragmatische und faire Lösung bieten sich dafür die MWST Daten der Gastrobetriebe an.
- Die Lockdowns im Frühling und über die Festtage verursachten die grössten Schäden. Wie jedoch in der Umfrage ersichtlich, haben zahlreiche Einschränkungen wie Platzbegrenzungen, Veranstaltungsverbote, Tischabstände etc. ebenfalls zu erheblichen fremdverschuldeten Schäden geführt, die vom Staat zu entschädigen sind. Es kann nicht sein, dass Wirte-Familien unverschuldet hohe fünfstelligen und sechsstelligen Schäden selber mühselig tragen müssten, während sich gewisse Branchen an der Pandemie sogar noch bereicherten.
- Gestützt auf die Bundesverfassung (Art. 5, Art. 9, Art. 26, Art. 27) appelliert die gesamte Gastrobranche an die Verantwortung von Behörden und Politik. Wir fordern eine faire Lösung für alle Geschädigten infolge der staatlichen Pandemiebekämpfung.